

# Fachbrief Nr. 5

## Geschichte, Sozialkunde, Politikwissenschaft

Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Kurs III der Realschulen



Foto: Karin Krause

Lykische Felsengräber bei Dalayan / Türkei

### **Thema: Neue Aufgabenformate im Abitur für das Fach Politikwissenschaft**

Die Fachverantwortlichen werden gebeten, den Fachbrief den unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. Parallel wird er auf der Homepage der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport unter [www.senbwf.berlin.de](http://www.senbwf.berlin.de) veröffentlicht.

Ihr Ansprechpartner in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport:  
[Reinhold.Reitschuster@senbwf.verwalt-berlin.de](mailto:Reinhold.Reitschuster@senbwf.verwalt-berlin.de)

Ihr Ansprechpartner im LISUM:  
[Christoph.Hamann@LISUM.verwalt-berlin.de](mailto:Christoph.Hamann@LISUM.verwalt-berlin.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Fachbrief Nr. 5 widmet sich dem Schwerpunkt der Umsetzung der in der EPA Sozialkunde/Politik bzw. in der AV Prüfungen/ Fachanlage 2a vorgesehenen neuen Aufgabenformaten für die Abiturklausuren im Fach Politikwissenschaft. Entsprechende Beispiele für das Fach Geschichte werden in Kürze folgen.

Von Interesse sollten diese Beispiele allerdings auch für die Kolleginnen und Kollegen der Fächer der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sein im Hinblick auf die Möglichkeit der Einbindung der Kompetenzorientierung in die Beschreibung der erwarteten Leistungen.

Ausdrücklich möchte ich darauf hinweisen, dass es sich um eine von mehreren Möglichkeiten der Umsetzung der neuen Vorgaben handelt, die andere formale Vorgehensweisen nicht ausschließt. Mir scheinen diese Beispiele allerdings besonders gelungen zu sein, da sie konzentriert das Wesentliche formulieren, den Aufwand überschaubar halten und einen unter den verkürzten Korrekturzeiten interessanten Vorschlag zur Korrektur bzw. zur Gutachtenerstellung beinhalten. Andere, eher an der Berliner Aufgabentradition orientierte Vorgehensweisen oder an den Beispielen der EPA-Sozialkund/Politik, sind ebenfalls möglich, wenn sie die Kompetenz- bzw. Standardorientierung und die neuen Vorgaben für den Erwartungshorizont berücksichtigen.

Auch die Fachberater im Abitur, die Ihre Vorschläge auswählen und genehmigen werden, wissen von den vielen Belastungen, Veränderungen und neuen Anforderungen an Sie und werden dies bei der Begutachtung der Aufgabenvorschläge berücksichtigen. Ein Einstieg in die Kompetenz- bzw. Standardorientierung und die Formulierung von „guten“ und „ausreichenden“ Leistungen im Erwartungshorizont, wie sie die seit Mai gültige AV Prüfungen vorsieht, werden allerdings erwartet.



Reinhold Reitschuster

### **Anmerkungen zu den Aufgabenbeispielen im Fach Politikwissenschaft**

Die beigegeführten Aufgabenbeispiele für das Fach Politikwissenschaft verstehen sich grundsätzlich als eine Variante, die Vorgaben der EPA und der AV-Prüfungen und der Fachanlage 2a umzusetzen.

Sie knüpfen dabei ausdrücklich an die bisherige Aufgabenkultur der Fächer PW und Geschichte an. Allerdings soll eine deutlichere Betonung der zentralen und fachspezifischen Kompetenzen in den Mittelpunkt rücken.

Dem Thema kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, denn in ihm werden der inhaltliche Rahmen und die Urteilkategorie - letztere entweder explizit oder implizit - vorgegeben.

Der Erwartungshorizont bezieht sich auf die geforderten Kompetenzstände, die durch die Ausgangsstandards des Rahmenlehrplans vorgegeben werden.

Diese Standards werden jeweils auf das Thema bezogen, damit an Inhalte gebunden und entfalten auf diese Weise erst Wirksamkeit. Auch aus diesem Grund findet bei der vorgelegten Variante keine Trennung in eine Inhalts- und Kompetenzspalte statt.

In der zweiten Spalte wird der didaktische Zusammenhang zum vorangegangenen Unterricht beschrieben. Auch hier finden sich Kompetenzen und Inhalte. Die semesterübergreifenden Aspekte und die eigenständigen Leistungen sind ebenfalls aufgeführt und kenntlich gemacht.

Die zweite Überschrift dieser Spalte („Erbrachte Kompetenzstände und deren thematische Anbindung“) wird erst für das spätere Gutachten gültig. Zu diesem Zweck können die Ausführungen zum didaktischen Zusammenhang gelöscht und an diese Stelle Anmerkungen zur tatsächlich erbrachten Leistung eingefügt werden. So ergibt sich in dieser Spalte am Erwartungshorizont entlang das Gutachten, das dann mit wenigen zusammenfassenden Sätzen abgeschlossen werden kann.

Die Beschreibung der Erwartungen für eine „gute“ bzw. „ausreichende“ Leistung enthalten inhaltliche Angaben und Niveaunkretisierungen. Dies geschieht allerdings in recht allgemeiner Weise, um den Bewertungsspielraum in einem angemessenen Korridor offen zu halten.

Die Textlänge bewegt sich an der oberen Grenze und ist auf eine Bearbeitungszeit von 240 Minuten (Leistungskurse) zugeschnitten.

## 1. Beispielklausur

Schule:  
Fachbereich:  
Prüfer:

Analyse, Darstellung und Erörterung (materialgebunden)

**Kursbereich:** PW — 3 (Leistungskurs)

**Thema:** Die Europäische Identität — unverzichtbar für die EU?

**Aufgabe:** Formulieren Sie ein begründetes Urteil zur Themenfrage, indem Sie

**Arbeitsschritte:**

1. ... den vorliegenden Artikel methodengerecht analysieren und
2. ... die Position des Autors im Zusammenhang der aktuellen Diskussion um die Krise der EU erörtern!

**Quelle:** Essay von Jürgen Kocka: Wo liegst du, Europa? Die Identität des Kontinents ist nicht eindeutig. Aber es gibt Kriterien, an denen man sie erkennt. (c) DIE ZEIT 49/2002 [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 18.11.2006

**Europäische Identität / Erwartungshorizont**

Erwartete Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Didaktischer Zusammenhang zum Unterricht. / Erbrachte Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Anforderungsbereiche		
		I	II	III
<p>Die Lernenden zeigen hier vor allem Methoden- und Analysekompetenz, indem Sie die Argumentationsstruktur des Autors systematisch und durchdringend erschließen und seine Perspektive methodensicher verdeutlichen.</p> <p>Quellenbestimmung: Quellenart, Autor und zeitliche Einordnung der Entstehung</p> <p>Der Verfasser ist der Ansicht, dass es eine europäische Identität gibt, die in Teilaspekten zwar nicht eindeutig, aber dennoch durch Kriterien zu bestimmen ist. Die Argumentationsstruktur im Überblick:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- historische Herleitung im Vergleich zu nationalen Identität über die Rolle des Krieges</li> <li>- Weiterentwicklung der europäischen Identität auf friedlichem Wege, wie es auch in der Vergangenheit (19./20. Jh.) gelungen sei: Überlegenheitsgefühl gegenüber Asien und Afrika, Bedrohtheitsgefühl gegenüber Amerika und das Gefühl Ausgangspunkt der universalen Modernisierung gewesen zu sein</li> <li>- In diesem Selbstvergleich sind nach wie vor zwei Referenzregionen zentral: islamische Welt und Nordamerika</li> <li>-</li> <li>- Inklusion ist nur durch Grenzen — siehe Verfassungsvertrag — zu haben, hier gibt es eindeutige aber auch umstrittene Fälle</li> <li>- Zwei Argumente sind für die Gemeinsamkeiten Europas entscheidend, aber nach Osten nicht trennscharf: gemeinsame Kultur und der verbindende Kommunikationszusammenhang</li> <li>- Diese Grenzen werden politisch gezogen werden, dafür sind zwei Kriterien sinnvoll: Wertebezug und demokratische Handlungsfähigkeit</li> <li>- Grundsatz muss die Offenheit der Union bleiben und eine graduelle Abstufung der Integration und damit auch der Grenzen</li> </ul>	<p>Die im Rahmen der Aufgabenstellung evaluierte Urteilskompetenz war und ist Gegenstand aller Kurshalbjahre.</p> <p>Bezogen auf die Arbeit mit Texten im engeren Sinne wurden folgende Kompetenzen geschult:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Analyse verschiedener Quellengattungen und Textsorten</li> <li>- Produktives schreiben politischer Kommentare und Essays</li> <li>- Selbstständige und vertiefende Anwendung eines Analyse- und Interpretationsschemas</li> <li>- verschiedenen Zitierweisen</li> </ul> <p>Ein Text von Jürgen Kocka wurde im Unterricht behandelt, der Autor ist deshalb bekannt.</p>	10	20	

<p>Fazit: Aus Anlass der Konstituierung des Verfassungskonvents begründet Kocka eine europäische Identität historisch und politisch, indem Kriterien dafür entwickelt und in diesem Zusammenhang für die Offenheit des Integrationsprozesses plädiert. Er argumentiert dabei auf den Betrachtungsebenen Geschichte, Geografie, Kultur und Politik. Im Verlauf der Urteilsbildung sollen diese Betrachtungsebenen aufgegriffen und die Stichhaltigkeit von Kockas Kriterien argumentativ beleuchtet werden.</p>				
<p>Dabei erschließen sich die Lernenden systematisch und durchdringend die historische, gegenwärtige und zukünftige Dimension der Kontroverse um die europäische Identität. Die Psychologie geht von einer gestuften und sich verändernden Identität aus. Folgende Betrachtungsebenen können Schwerpunktbezogen und vernetzt mit den Thesen Kockas (s.o.) erläutert werden:</p> <p>Historische Betrachtungsebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine abendländisch/europäisch-christlich geprägte Identität</li> <li>- gemeinsame Kriegserfahrungen</li> <li>- Parallelen und Unterschiede zur Nationalstaatenbildung</li> <li>- Elemente einer westeuropäischen Identität im Zeitalter des Kalten Krieges</li> <li>- ...</li> </ul> <p>Sozialpsychologische Betrachtungsebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung regionaler und nationaler Identitäten für Sozialisationsprozesse in Gesellschaften (ggf. exemplarisch)</li> <li>- Das Verhältnis von nationaler und Europäischer Identität</li> </ul> <p>Politische Betrachtungsebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- verschiedene Perspektiven der Nationalstaaten auf die europäische Identität und die Konsequenzen (intergouvernementale Politikbereiche)</li> <li>- Subsidiaritätsprinzip</li> <li>- Die Rolle von führenden Politikern</li> <li>- ...</li> </ul> <p>Aktualitätsbezüge: Verfassungsvertrag, Türkei-Beitritt, Migrationsproblem, ESVP... In Abhängigkeit von der Perspektive sind verschiedene Europaszenarien als Folie für die Argumentation denkbar.</p>	<p>Sie greifen dabei auf Erkenntnisse aus Studien, Umfragen und Zeitungsartikeln zurück:</p> <p>Im Unterricht wurden u. a. zwei Studien zur europäischen Identität bearbeitet. Eine mit den Schwerpunkten auf der sozialpsychologischen und historischen Betrachtungsebene und eine zur Bedeutung einer europäischen Identität für Jugendliche aus den Mitgliedsstaaten der Union.</p> <p>Über Zeitungsartikel wurde die Kontroverse zur gegenwärtigen Krise in der EU thematisiert. Die Aspekte waren hier vor allem das Scheitern des Verfassungsvertrages, der Konflikt um die Ausprägung Europas (Soziales Europa, bundesstaatliches Europa, Europa als Wirtschaftsgemeinschaft...) und der mögliche Türkei-Beitritt.</p> <p><b>Die Rolle der nationalen Identität knüpft an TA 4 aus PW 1 an.</b></p> <p><b>Nicht thematisiert wurde die Bedeutung von Referenzregionen für die Herausbildung einer europäischen Identität. Hier muss unter Bezug auf den Text eine eigenständige Position bezogen werden.</b></p> <p>Insgesamt fünf Entwicklungsszenarien wurden über Kurzvorträge behandelt.</p>	20	10	10
<p>Die Lernenden setzen ihre Urteilsbildung fort, indem sie die Bedeutsamkeit ausgewählter Elemente der europäischen Identität bzw. der europäischen Identität insgesamt kriteriengeleitet gewichten und zu einem systematisch durchdringenden Urteil unter Bezug auf die</p>	<p>Urteilskompetenz als Klammer der untergeordneten Teilkompetenzen wurde im Unterricht systematisch und in einem kumulativen Prozess entwickelt.</p>		10	20

<p>Kategorie „Unverzichtbar“ kommen.</p> <p>Qualitätsmerkmale der Urteilsfähigkeit ist der Grad der Anforderungsbewältigung. Kategorienbezogenheit und Kriterien-gebundenheit müssen erkennbar sein. Erwartet wird die Entwicklung einer eigenständigen Argumentation zur Bedeutsamkeit/Unverzichtbarkeit einer europäischen Identität für den weiteren Integrationsprozess. In Anknüpfung an die Ausführungen zum zweiten Arbeitshinweis kann eines der Szenarien begründet favorisiert werden. Je nach Zielsetzung einer Erweiterung und /oder Vertiefung in Richtung Staatenbund oder Bundesstaat kann einer europäischen Identität unterschiedliche Gewichtung beigemessen werden. Umgekehrt kann, ausgehend von einer graduiert vorhandenen und ggf. zu entwickelnden Identität, auf ein wahrscheinliches Szenario geschlossen werden.</p>	<p>Die Schüler kennen die Elemente der Urteilsbildung und können sie explizit anwenden.</p> <p><b><u>In diesem Fall ist ein eigenständiges Werturteil gefordert.</u></b></p>			
---	--	--	--	--

Für eine gute Leistung wird eine in den zentralen Aspekten gelungene Textarbeit erwartet. Mindestens zwei Betrachtungsebenen sollen dann vertiefend erörtert und in einem Werturteil unter Beachtung der Kategorie gebündelt werden.

Für eine ausreichende Leistung müssen die Thesen Kockas zu den Kriterien für eine europäische Identität benannt werden. Darüber hinaus soll mindestens ein aktuelles und geeignetes Problemfeld ausgewählt und multiperspektivisch auf das Vorhandensein bzw. die Bedeutsamkeit der europäischen Identität überprüft werden. Das sich ergebende Urteil muss sich auf die Kategorie (das Thema) beziehen und ansatzweise kriterienorientiert sein.

Semesterklausuren:

Der Binnenmarkt — eine Beispiel effektiver supranationaler Politik?

Die gegenwärtige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik — eine Perspektive für das 21. Jahrhundert?

## Wo liegst du, Europa?

5 Die Identität des Kontinents ist nicht eindeutig. Aber es gibt Kriterien, an denen man sie erkennt.

Von Jürgen Kocka

10

Man weiß aus der Geschichte, wie normal der Krieg als Geburtshelfer von Nationalstaaten ist. Kaum einer der westlichen Nationalstaaten ist ohne Krieg entstanden. Der Kampf mit anderen  
15 förderte die eigene Identität. Die Erinnerung an Blut, Sieg oder Niederlage, an Triumphe und Katastrophen hat im kollektiven Gedächtnis der Nationen immer eine zentrale Rolle gespielt, oft mythisch überhöht, in Denkmälern verkörpert,  
20 auch instrumentalisiert. Das stärkte den inneren Zusammenhalt, bis hin zur Bereitschaft der Einzelnen, für ihr Land, falls nötig, zu sterben. Kann sich eine europäische Identität, eine staatsähnliche europäische Union ohne die Ge-  
25 burtshilfe des Krieges herausbilden — auf Dauer, stabil und verankert nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Europäer? Die kurze Antwort: Krieg und Kriegsgefahr haben bereits kräftig zur Herausbildung eines  
30 europäischen Selbstverständnisses, eines europäischen Zusammenhalts beigetragen.

(...)

Aber zwei entscheidende Einschränkungen sind am Platz. Erstens antworteten der Appell an  
35 Europa, die Hoffnung auf Europa, die Betonung der europäischen Gemeinsamkeit meist nicht auf die Erfahrung des Kriegs mit anderen, sondern auf das Leiden am Krieg innerhalb Europas.

40 (...)

Zweitens sollte die Analogie zwischen Nationalstaatsbildung und europäischer Integration nicht überstrapaziert werden. Die europäische Integration verläuft in vieler Hinsicht anders als die  
45 Konstituierung der Nationalstaaten. Sie ist etwas Neues, und historische Parallelen zu ziehen führt deshalb rasch in die Irre. Insgesamt ist die Hoffnung berechtigt, dass sich europäische Identität und europäische Union zukünftig ohne  
50 den großen äußeren Feind vorantreiben lassen, ohne Krieg und ohne den Zusammenstoß der Zivilisationen, vor dem Huntington warnt. Ohne Krieg wird es hoffentlich gehen, ohne Differenz und Differenzbestimmung aber nicht.  
55 Europa-Bewusstsein bildete sich im Vergleich, im Selbstvergleich mit anderen heraus, durch Betonung der Unterschiede zwischen Europa

und den nichteuropäischen Teilen der Welt. Es lassen sich dabei verschiedene Typen der Argumentation unterscheiden: zum einen das Reden vom überlegenen Europa, das im 19. und 20.  
60 Jahrhundert verbreiteter war als heute, vor allem gegenüber Asien und Afrika. Dieses Überlegenheitsgefühl wurde aber immer konterkariert durch häufige Selbstkritik von Europäern,  
65 die über andere Erdteile berichteten. Zum andern gab es die Rede vom bedrohten Europa, das sich mit der Überlegenheit eines anderen konfrontiert sah. Im 19. und 20. Jahrhundert  
70 betraf das vor allem die technische, wissenschaftliche oder kommerzielle Übermacht Amerikas. Besonders interessant ist drittens das Reden von Europa als Ausgangspunkt universaler Modernisierung. Dabei sieht man Europa als  
75 Region, von der die Menschenrechte, die moderne Wissenschaft und manche andere neuzeitliche Errungenschaften ausgingen, die mittlerweile weltweite Geltung beanspruchen. Diese Art europäischen Selbstvergleichs muss  
80 nicht in Überheblichkeit enden, sondern kann zu Selbstbewusstsein mit Verantwortung und Augenmaß führen. Für die Bildung und Stärkung europäischen Bewusstseins ist der Selbstvergleich zentral. Dass er möglichst ohne  
85 Stereotype und Feindbilder gelingt, darum muss man sich bemühen.

Zwei Referenzregionen sind heute wie früher zentral: die islamische Welt und das nördliche Amerika. Die ausgeprägte Differenz zwischen  
90 Europa und der islamischen Welt ist unübersehbar, erfahrbar und nicht wegzureden. Die Differenz zu Amerika ist subtiler, fragwürdiger und ungesicherter. Zur Befestigung europäischer Identität und gesamteuropäischer Handlungsfähigkeit ist die Abgrenzung gegenüber Amerika jedoch unabdingbar, auch wenn in Bezug auf grundsätzliche Werte Übereinstimmung besteht.  
95 (...)

Anders als in Amerika ist der europäische Einigungsversuch durch die Erfahrung vorangehender Katastrophen geprägt. Er ist der Versuch, daraus zu lernen. Das Verhältnis von individueller Freiheit und Solidarität, von Konkurrenz und Wohlfahrt wird in Europa anders bestimmt als  
100 in den USA. Durch den Sozialstaat unterscheiden wir uns von den Amerikanern. Dessen gegenwärtige Krise gefährdet nicht nur Wachstum und Wohlstand, sondern auch das sich mühsam herausbildende europäische Selbstbewusstsein.  
105 Leider sieht es jedoch zurzeit nicht danach aus, dass der nötige Umbau des Sozialstaats gelingen wird.

Wenn Europa eine politische Union sein will, muss es Grenzen haben. Inklusion ist ohne  
115 Exklusion nicht zu haben, ohne ein Außen kann es kein Innen geben. Giscard d'Estaings Vor-

entwurf eines Verfassungsvertrags spricht in Artikel 1 von der zu bildenden Union, „die allen europäischen Staaten ... offen steht“. Er setzt also den Begriff „europäisch“ voraus. Mustert man die Umschreibungen von „europäisch“, wie sie in den letzten zwei Jahrhunderten vorgeschlagen worden sind, so gab und gibt es viel Übereinstimmung. Einige Landstriche gehören ganz fraglos dazu, die Lombardei zum Beispiel oder Berlin. Es gibt Teile der Welt, die niemand je zu Europa gerechnet hat, Kirgisien zum Beispiel, oder seinerzeit das Ottomanische Reich. Die Zugehörigkeit anderer Länder zu Europa blieb umstritten. Je nach Zeitpunkt und Blickpunkt finden sich wechselnde Zurechnungen, vor allem Russlands.

Es gibt zahlreiche Argumente, mit denen die Gemeinsamkeit Europas begründet und seine Grenzen definiert werden. Tragfähig sind vor allem zwei: erstens der Verweis auf die gemeinsame Kultur. Religion, Geschichte, Sitte, Recht, politische Kultur und übereinstimmende Werte sind verbindende Elemente. Dabei dürfen natürlich die zahlreichen und tiefgreifenden kulturellen Unterschiede innerhalb Europas nicht übersehen werden. Zweitens erweist sich das Argument des verbindenden Kommunikationszusammenhangs als tragfähig, also der Verweis auf den Austausch zwischen Herrschenden, Wissenschaftlern, Künstlern und Gebildeten, aber auch auf das Wandern der Handwerksgesellen, den Verkehr zwischen den Kaufleuten und den öffentlichen Austausch der politischen Argumente. Mit unterschiedlicher, aber insgesamt zunehmender Dichte verbanden solche Kommunikationen die Teile Europas miteinander, während sie zu den Rändern hin ausdünnen.

Mit beiden Argumenten kommt man weit, wenn man den inneren Zusammenhang Europas begründen will. Aber zu einer scharfen Grenzziehung im Osten Europas führen sie nicht. Jedes dieser Argumente hat überdies etwas Konstruktivistisches an sich. Sie beschreiben nicht nur Befunde, sie reflektieren auch Absichten und Entwürfe.

(...)

Letztlich werden die Grenzen ein Produkt politischer Entscheidung sein, allerdings unter Beachtung der gegebenen Verhältnisse und orientiert an ausgewiesenen Kriterien.

Das Erste ist der Bezug auf die Werte der Union. Nur wer sie teilt, kann zu Europa im Sinne der Europäischen Union gehören, so argumentiert der Verfassungsvertrag zu Recht. Er nennt als Werte der Union: Menschenwürde, Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Toleranz und das Völkerrecht. Aber dies sind universalistische

175 Werte, die nicht nur für Europa gelten, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

(...)

Das Kriterium „Wertebezug“ reicht also nicht aus, um Grenzziehungen zu begründen.

180 Deshalb muss ein zweites Kriterium berücksichtigt werden: das der „demokratischen Handlungsfähigkeit“. Damit ein politisches Gebilde handlungsfähig und zugleich demokratisch ist, braucht es einen gemeinsamen Fundus von innerer Kommunikation und relevanten Gemeinsamkeiten. Es darf nicht zu heterogen und muss in sich ausbalanciert sein. Manche sprechen vom nötigen Vertrauen, das zwischen denen vorhanden sein muss, die im Gemeinwesen handeln; andere vom sozialen Kapital, wieder andere von politischer Kultur. All das geht über den Bezug auf universale Werte deutlich hinaus und hat viel mit gemeinsamer Kultur und gemeinsamer Geschichte zu tun. Würde man das beim Auf- und Ausbau Europas nicht beachten, würde man sich übernehmen. Man schüfe ein Gebilde, das bald wieder zerfallen müsste. Das europäische Projekt kann noch scheitern.

200 (...)

Es geht nicht nur darum, wo die Grenze zu ziehen ist, sondern wie sie gestaltet wird. Europa hat immer von seiner Weltoffenheit gelebt, es darf und wird sich auch zukünftig nicht abschotten, es darf und wird keine Festung werden. Entsprechend werden die einschlägigen Politikbereiche zu gestalten sein, die Zoll- und Außenwirtschaftspolitik, die Einwanderungspolitik, die Außen- und erst recht die Militärpolitik, denn Europa muss auch außerhalb seiner Grenzen militärisch handeln können.

(...)

Die Entwicklung besonderer Beziehungen zu Nachbarn, die dadurch der Union assoziiert werden, kann die Ablehnung ihrer vollen Mitgliedschaft in ihren psychologischen Wirkungen entschärfen und den Druck von den Nachbarn nehmen, unbedingt beitreten zu wollen.

Der Abstufung nach außen entsprechen Abstufungen im Innern der Union. Dass die Integration Europas, je nach unterschiedlicher Fähigkeit und Neigung der einzelnen Mitglieder, eine Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden muss und nicht homogen im Gleichschritt erfolgen kann, ist klar.

(...)

Den abgestuften Beziehungen zwischen den Mitgliedsnationen entspricht eine Gradualisierung der Grenze nach außen. Nicht nur ihr Verlauf, sondern auch, was sie praktisch bedeuten soll, unterliegt politischer Gestaltung.

## 2. Beispielklausur

Schule:  
Fachbereich:  
Prüfer:

Analyse, Darstellung und Erörterung (materialgebunden)

- Kursbereich:** PW-2 (Leistungskurs)
- Thema:** Föderalismusreform in der Bundesrepublik Deutschland — notwendig und machbar?
- Aufgabe:** Formulieren Sie ein kategoriengebundenes und kriteriengeleitetes Urteil zur Themenfrage, indem Sie
- Arbeitsschritte:**
1. ...den vorliegenden Text unter Anwendung quellenanalytischer Methoden bearbeiten!
  2. ...die Positionen des Autors in den Zusammenhang der Föderalismusdebatte einordnen und davon ausgehend eine Stellungnahme formulieren!
- Quelle:** Gunter Hofmann, „Schluss mit dem Diskursquatsch?“, © DIE ZEIT 46/2004 vom 10.11.2004  
[www.zeit.de](http://www.zeit.de) / 12.09.2005

**Föderalismus / Erwartungshorizont**

Erwartete Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Didaktischer Zusammenhang zum Unterricht. / Erbrachte Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Anforderungsbereiche		
		I	II	III
<p>Die Lernenden zeigen hier vor allem Methoden-, und Analysekompetenz, indem Sie die Argumentationsstruktur des Autors systematisch und durchdringend erschließen und seine Perspektive methodensicher verdeutlichen.</p> <p>Quellenbestimmung: Quellenart, Autor und zeitliche Einordnung der Entstehung</p> <p>Gunter Hofmann (Ressort Politik bei der Wochenzeitung DIE ZEIT) schreibt aus Anlass der entscheidenden Phase in die die Arbeit der Föderalismuskommission eingetreten ist, einen bisweilen recht glossenhaften Kommentar, der sich kritisch mit den Anwürfen gegen den Föderalismus auseinandersetzt. Demnach werde der Föderalismus als allein schuldig an der gegenwärtigen krisenhaften Zustands beschrieben. In der Föderalismuskommission würden gegenwärtig die Fronten offen aufbrechen und gerade der Kanzler warne vor dem Schreckgespenst des Staatenbundes.</p> <p>Dennoch werde es zum großen Konflikt nicht kommen, so der Verfasser. Es zeige sich, dass das „Demokratieprojekt“ Föderalismusreform wohl nur eine kleine werden. Der Verfasser verweist auf die angebliche Selbstblockade der Bundesrepublik, den Bundesrat, den Bedeutungsverlust der Landesparlamente und den Aufstieg der Ministerpräsidenten zu „Zaunkönigen“, Artikel 23 und das „german vote“ in Brüssel und den Vorschlag gemeinsamer Landtagswahlen. Er sieht hier durchaus Handlungsbedarf, die eigentliche und bisher verpasste Aufgabe sieht er aber in einer grundsätzlichen „Staatspolitischen Debatte“ um eine Reform in Richtung französischem Zentralismus oder staatenbündlerischem Aufbau nach US oder Schweizer Vorbild. Die Folge sein ein Herunterfahren der Reformansätze auf die Klärung von Sachfragen und die Entflechtung von Gesetzgebungskompetenzen. Der Verfasser konstatiert ein „... lechzen nach dem Ende der Konsensdemokratie.“</p> <p>Die Verhandlungsführung des Bundes habe das einfache Ziel gehabt, den Verzicht auf Blockademöglichkeiten des Bundesrates mit</p>	<p>Die im Rahmen der Aufgabenstellung evaluierte Urteilskompetenz war und ist Gegenstand aller Kurshalbjahre.</p> <p>Bezogen auf die Arbeit mit Texten im engeren Sinne wurden folgende Kompetenzen geschult:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Analyse verschiedener Quellengattungen und Textsorten</li> <li>- Produktives schreiben politischer Kommentare und Essays</li> <li>- Selbstständige und vertiefende Anwendung eines Analyse- und Interpretationsschemas</li> <li>- verschiedenen Zitierweisen</li> </ul> <p>Die Wochenzeitung DIE ZEIT ist den Schülern aus dem Unterricht hinlänglich bekannt, der Verfasser des Artikels Gunter Hofmann hingegen nicht.</p>	10	20	

<p>mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Bundesländer aufzuwiegen. Tatsächlich sei die Blockadehaltung des Bundesrates auf 3 % aller Gesetze beschränkt, im Fall deutlicher Oppositionsmehrheiten auch weniger. Auch die Antizipation des Gesetzgebers sein kein hinreichender Grund für den Ruf nach einer starken Zentrale. Modernisierungsschübe seien zudem oft von der Provinz ausgegangen. Zumal dies insbesondere für Länder wie die USA und die Schweiz gelte, deren Bundesstaaten eine ungleich höhere Souveränität besäßen. Provinzialismus konstatiert der Autor eher in den Köpfen der Protagonisten. Der Ruf des Zeitgeistes nach einer starken Zentrale in Anlehnung an Carl Schmitt und unter dem Motto „Schluss mit dem liberalen Diskursquatsch“ meine z. Z. den Föderalismus, können sich bei Gelegenheit aber auch (wieder) gegen das Parlament richten. Dem gegenüber stellt der Autor ein Demokratieprojekt, das durch Transparenz und Gedankenklarheit der Institutionen und eine liberale und kritische Öffentlichkeit geprägt sein soll. Die Wirklichkeit der deutschen Konsens- und Kompromissdemokratie habe zur Ununterscheidung beigetragen, sie sei aber deswegen keineswegs obsolet, sondern müsse lediglich renoviert werden. Der vermeintliche Hauptschuldige „Föderalismus“ sei zusammen mit dem prinzipiellen Format der alten (!) Bundesrepublik zu verteidigen, gegen seine „illiberalen Verächter“.</p> <p><b>Resümee:</b> Der Autor sieht in der gegenwärtigen Debatte einen durch den Zeitgeist getragenen Generalangriff auf den Föderalismus und das Format der Bundesrepublik schlechthin. Er betrachtet die Argumente der Reformbefürworter als wenig stichhaltig und sieht eher die Gefahr, dass grundlegende Prinzipien wie das der Konsensdemokratie, der Politikverflechtung und der Dezentralisierung unbedacht zurückgedrängt werden sollen.</p> <p>Im weiteren Verlauf der Argumentation müssen nun die Positionen des Autors in einer sinnvollen Struktur mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen und der sich im Verlauf der Zeit entwickelten Verfassungsrealitäten abgeglichen werden.</p>	<p>Im Unterricht wurden verschiedene Perspektiven zu Föderalismus behandelt. <b><u>Eine dezidiert gegen eine zu weit reichende Reform gerichtete Position ist in dieser Art neu für die Schüler.</u></b></p>			
<p>Dabei erschließen sich die Lernenden systematisch und durchdringend die gegenwärtige und zukünftige Dimension der Kontroverse um die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands.</p>		20	10	10

<p><u>Verfassungsrechtliche Grundlagen:</u>                  Die Bundesrepublik ist nach ihrer Verfassung ein Bundesstaat (Art.20 Abs.1 und Art. 79 GG).                  Die bundesstaatliche Ordnung wird im Grundgesetz durch die Gliederung in Bund, Länder und Kommunen umgesetzt. Die Gesetzgebungskompetenzen werden dementsprechend gegliedert (Ländergesetzgebung, konkurrierende Gesetzgebung, Rahmengesetzgebung und ausschließliche Gesetzgebung / Art. 50, 70-75, 23 GG). Hieraus ergibt sich eine Art der vertikalen Gewaltenteilung, der auch die Exekutive und die Judikative folgt und an deren Basis letztendlich die kommunale Selbstverwaltung steht.                  Der Bundesrat ist in diesem System eines der wichtigsten und spezifischsten Organe des bundesdeutschen (in diesem Falle des kooperativen) Föderalismus, da er das Mitwirkungsorgan der Länder im Bund ist. Als Vertretung der Länderregierungen wirkt der Bundesrat (mit unterschiedlicher Reichweite) bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes sowie bei Angelegenheiten der EU mit. Die Bundesstaatlichkeit ist in Deutschland historisch begründet, die Länder besitzen Staatscharakter.</p> <p><u>Verfassungsrealität:</u>                  Aus der Vielzahl der Pro- und Contraargumente zum bundesstaatlichen System in Deutschland soll eine sinnvolle und auf die Verfassungswirklichkeit bezogene Auswahl getroffen werden.                  Aufgrund der schwindenden legislativen Bedeutung der Länderparlamente und infolge des fortlaufenden Kompetenzzuges durch den Bund, hat der Bundesrat einen Bedeutungswandel in der Verfassungsrealität erfahren. Die Länder versuchen ihren Kompetenzverlust via Bundesrat auszugleichen, indem sie ihren Einfluss auf die Bundesgesetzgebung geltend machen. Da im Bundesrat parteipolitische Vertreter der einzelnen Länderregierungen agieren, hat sich dieses Organ zu einer „Zweitopposition“ bzw. als Forum parteipolitischer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition entwickelt. Es kommt zum indirekten Mitregieren der Oppositionsparteien (im Bund) über den Bundesrat (und den Vermittlungsausschuss), wenn die Länderregierungen in der Mehrzahl von der Oppositionspartei geführt werden. Im Hinblick auf eine mögliche 2/3- Mehrheit der CDU-regierten Länder gewinnt dieser Mechanismus eine zusätzliche Qualität. Das führt zu erheblichen Erschwernissen bis hin zu einer sog. Blockadepolitik bei grundlegenden Reformen und Richtungsentscheidungen. Vor</p>	<p>Die bundesstaatliche Ordnung wurde in klassischer Weise auf den Betrachtungsebenen historische Entwicklung, verfassungsrechtlicher Anspruch, Verfassungswirklichkeit und Reformvorhaben thematisiert.</p> <p>In methodischer Hinsicht wurden Fallbeispiele aus verschiedenen Perspektiven behandelt, Kommentare und Zeitungsartikel analysiert und abschließend ein Planspiel zur Föderalismusreform durchgeführt. Als Fallbeispiele wurden verschiedenen Gesetzgebungsvorhaben und der gescheiterte erste Reformversuch behandelt.</p> <p>Den Schülern ist die Unterscheidung in Form, Inhalt und Prozess bei der Untersuchung politischer Problemstellungen bekannt, eine explizite Benennung wird hier allerdings nicht erwartet.</p> <p><b><u>Aus dem 1. Kurshalbjahr müssen Inhalte aus T 1 angewendet werden: Repräsentative und bundesstaatliche Elemente der Demokratie.</u></b></p>			
---	---	--	--	--

<p>dem Hintergrund der sich abzeichnenden Großen Koalition wird die Rolle der „Länderkammer“ sicher eine neue Positionsbestimmung erfahren.                  Weitere Aspekte in der Reformdiskussion betreffen den Länderfinanzausgleich, eine Neugliederung der Länder und letztendlich die grundsätzliche Zielsetzung eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Ländern anzustreben. Unter dem Schlagwort der Politikverflechtung ist auf das grundlegende Konsens- und Kooperationsprinzip hinzuweisen, das im Zusammenhang mit der zentralen Rolle der Parteien zu analysieren ist. Gunter Hofmanns Position ist in die gesamte Argumentation sachbezogen und sinnvoll einzuordnen.</p>				
<p>Die Lernenden setzen ihre Urteilsbildung fort, indem sie die bisher erarbeiteten Kriterien zielgerichtet auf die Kategorien des Themas anwenden.                  Inhaltlich muss dabei sowohl der politische Prozess als auch die politischen Inhalte des Problemkomplexes in den Fokus genommen werden.                  Die Gewichtung der Kriterien soll in einem schwerpunktebezogenen und systematisch durchdringenden Urteil unter Bezug auf die Kategorien „notwendig“ und „machbar“ münden.                  Qualitätsmerkmale der Urteilsfähigkeit Grad der Anforderungsbewältigung und verbunden damit der Grad der Strukturiertheit.                  Die Urteile sind für beide Kategorien offen und können über Kreuz kombiniert werden.</p>	<p>Urteilskompetenz als Klammer der untergeordneten Teilkompetenzen wurde im Unterricht systematisch und in einem kumulativen Prozess entwickelt.                  Die Schüler kennen die Elemente der Urteilsbildung und können sie explizit anwenden.  <b>Die Argumentation zur Kategorie „machbar“ ist neu für die Schüler und insbesondere deshalb eigenständig zu entwickeln.</b>                  Urteilsdiskurse zu kontroversen verfassungsrechtlichen und politischen Themen wurden regelmäßig geübt. Am Beispiel des Föderalismus unter der Kategorie Effizienz und für das Beispiel Plebiszite unter der Kategorie Legitimität.</p>		10	20

Für eine gute Leistung wird eine gelungene Textarbeit erwartet. Die Thesen des Autors müssen vertiefend im Spannungsfeld zwischen verfassungsrechtlichem Anspruch und Verfassungswirklichkeit erörtert und in einem Werturteil unter Beachtung der Kategorien gebündelt werden. Für eine ausreichende Leistung muss die Grundaussage des Artikels zutreffend wiedergegeben werden. Darüber hinaus müssen die verfassungsrechtlichen Grundlagen problemorientiert dargestellt und mit der zentralen Aussage des Artikels verknüpft werden. Das Urteil muss sich deutlich auf das Thema beziehen und ansatzweise kriterienorientiert sein.

Semesterklausuren:

Die Einführung von Volksabstimmungen in der Bundesrepublik Deutschland — ein effektives Mittel zur Behebung des Reformstaus?

Wirksame Instrumente einer staatlichen Arbeitsmarktpolitik — nur eine Illusion?

## Material

### DIE ZEIT - Schluss mit dem Diskursquatsch?

5

Der Zeitgeist hält den Föderalismus für gestrig. Das ist ein Fehler. Er ist ein Bollwerk gegen autoritäre Fantasien.

10 Von Gunter Hofmann

Der Hauptschuldige war seit langem ausgemacht. »Föderalismus« heißt er. Föderalismus gleich »Kleinstaaterie«. Schon das Wort

15 schmeckt nach alter Bundesrepublik. Nostalgiker dieser Welt, übernehmen Sie! Bund und Länder, so geht die Jeremiade<sup>1</sup> nun schon seit langem, legten sich gegenseitig lahm, der einst gepriesene Föderalismus habe Deutschland zum gefes-

20 selten Riesen gemacht, zum ewigen Schlusslicht in Europa, zum globalen Bedingungen nicht mehr gewachsenen Standort. Daher hundert rauchende Köpfe: die Föderalismuskommission«, in der gerade das große Feilschen anhebt. Zu-

25 letzt schien alles aufeinander zu prallen, der Bund, der lange geschwiegen hatte, gegen die Länder; der Kanzler, der seinen Parteichef Franz Müntefering vor einem drohenden »Staaten-

30 untergrabe; und das halbe Kabinett, von Otto Schily über Brigitte Zypries bis zu Hans Eichel, die den Ländern spät, aber doch einmal zeigen wollten, was eine Harke ist. Den »Ladenschluss und das Gaststättenrecht« möchte die Justizmi-

35 nisterin, wie sie im Gespräch mit der ZEIT spot-tete, den Ländern noch zugestehen.

Zum ganz großen Konflikt mit den Ländern aber wird es so wenig kommen wie zum Zerwürfnis zwischen Gerhard Schröder und Franz

40 Müntefering. Am Montagabend jedenfalls ging der SPD-Chef als Sieger hervor: Auch die Regierung zeigt sich bereit, so viel Kompetenzen wie möglich zurückzugeben, wenn sich -das ist die Gratwanderung - damit der Föderalismus »vitali-

45 sieren« lasse, der Gesamtstaat zugleich aber wieder »handlungsfähiger« werde. Sogar der Innenminister willigte ein, die Terrorismusbekämpfung nicht per Verfassung zu regeln. Der allfällige Vorwurf: Länder und Bund blockie-

50 ren sich gegenseitig.

Die Öffentlichkeit, monierten Abgeordnete, die diese Materie als hoch politisch empfinden, schau weg. Immerhin gehe es aber doch um ein »wirkliches Demokratieprojekt«, wie der

55 CDU-Rechtsexperte Norbert Röttgen oder sein SPD-Kollege Ortwin Runde sagen. Die Professoren Dieter Grimm oder Fritz W. Scharpf, gleichfalls Mitglieder der Kommission, sehen es ohne-

hin so. Wobei Grimm, Verfassungsrichter a. D., von Anfang an skeptisch war, dass man in Sachen Föderalismus viel bewegen könne, während Scharpf, der wissenschaftliche »Papst« des föderalistischen Systems in Europa und Deutschland, tapfer ein »kurzes Zeitfenster« zur Modernisierung ausmachte. Inzwischen ist auch er zögerlicher geworden.

65 War vielleicht die These von der Selbstblockade der Bundesrepublik von den meisten gar nicht so ernst

70 gemeint, wie sie klang? An ein Zusammenlegen der vielen Landtagswahlen im Sinne von midterm elections<sup>2</sup> denkt niemand ernsthaft. Und der Artikel 23 des Grundgesetzes, der nach der Vereinigung den Bundesländern Mitsprache in

75 Europa einräumen wird: auch nicht kassiert obwohl alle Fachleute dazu raten. In Brüssel ist das »german vote«, die Enthaltung, bereits zum festen Begriff geworden, dazu hat der Auftritt der 16 Länder geführt. Aber gewiss, Edmund

80 Stoiber hat nicht den Kommissionsvorsitz übernommen, nur um zu beschließen, dass seine pompöse Landesvertretung in Brüssel (»Schloss Neuwahnstein«) zurückgebaut wird.

85 Auch Hans Eichel lenkte beim Gipfeltreffen der Sozialdemokraten ein: Man könne auf eine Verfassungsänderung verzichten, eine Gesetzeskorrektur reiche, um den Auftritt in Brüssel zu vereinheitlichen. Irgendwie.

90 Die Zeichen stehen auf Reform, aber nur auf eine kleine. Sind Bund und Länder unfähig, sich am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen? Einspruch! Auch wenn man den Föderalismus nicht grundsätzlich heilig sprechen möchte. Gedacht

95 war ursprünglich jedenfalls nicht daran, dass die Landesfürsten »Zaunkönige« würden, während die Landesparlamente austrocknen. Vorausgesehen hatte man auch nicht, dass die Ministerpräsidenten sich als kleine Duodezfürsten<sup>3</sup> gebärden, die beglückt die Schützenvereine begrüßen und am liebsten noch salutieren, selbst vor dem eigenen Stander. Daran gemessen, treten die Regierenden in Berlin, denen Wilhel-

100 minismus-Träume nachgesagt werden, wohl-tu-

105 end zivil auf.

Was in der Kommission wirklich verpasst wurde, verriet Brigitte Zypries eher beiläufig, als sie bedauerte, dass leider »kaum Zeit« gewesen sei für eine »staatspolitische Debatte wenn Sie so

110 wollen: der intellektuelle Überbau für das Bund-Länder-Verhältnis«. Leider vergaß sie hinzuzufügen, wer dafür verantwortlich sei. Grundsätzlich argumentiert auch Scharpf: »Der Ausweg aus der Politikverflechtungs-falle kann selbst nur in

115 der Politikverflechtungs-falle gefunden werden. « So wurde die »Debatte« gar nicht geführt, ob das System revolutioniert werden solle, ob die

Republik zentralistischer nach dem französischen  
Muster oder staatenbündlerischer nach dem  
120 Beispiel der Schweiz oder der USA umgebaut  
werden soll.

Einerseits sind somit die Erwartungen gewaltig  
gewachsen, das »Hauptübel« auszukrauten.  
Andererseits fuhr die Kommission, darin einig  
125 mit Kanzler, Müntefering und den Ministerprä-  
sidenten, die internen Debatten auf Konkretes  
herunter. Terrorismusbekämpfung, Hochschulen,  
öffentlicher Dienst, Umwelt, Forschung, Europa,  
wo soll der Bund, wo sollen die Länder Priorität  
130 haben? Rasch ging es dabei dann um juristische  
Fachfragen nach den »konkurrierenden Gesetz-  
gebungszuständigkeiten«, ob die Rahmenkom-  
petenz entfallen kann und wie sich die Zahl der  
zustimmungspflichtigen Gesetze, auf 60 Prozent  
135 angeschwollen, halbieren lasse. So manche  
lechzen nach dem Ende der »Konsensdemokra-  
tie«.

Der Bund, summiert Fritz W. Scharpf, habe sich  
leider »nie strategisch positioniert«. »Der Deal  
140 sollte heißen: Der Bundesrat verzichtet auf Blo-  
ckademöglichkeiten, die Länder erhalten Gestal-  
tungsmöglichkeiten. Dazu hätte der Bund sagen  
müssen: »Wie viel ist uns der Verzicht der Län-  
der wert?«. Die Länder aber traten auf als  
145 Staatskanzleien, die seit Jahrzehnten Erfahrung  
gesammelt haben, wie man mit dem Bund  
verhandelt. Sie kennen ihre Probleme. Sie wis-  
sen, dass sie sich nicht einig sind zwischen Ost  
und West oder arm und reich. Aber gegenüber  
150 dem Bund wissen sie, was sie wollen. Kein  
Gedanke, dass der Bund seinerseits eine ähnl-  
iche strategische Front gebildet hätte, nämlich  
mit der Opposition in Berlin.

Als »wirklicher Blockadefaktor«, argumentieren  
155 die Autoren einer Untersuchung des Kölner  
Max-Planck-Instituts, »hat sich die bundesdeut-  
sche Politikverflechtung nicht manifestiert«.  
Weniger als drei Prozent aller Gesetze scheitern  
durchschnittlich am Einspruch des Bundesrates.  
160 Das Bild von der »Blockade« treffe nur dann zu,  
»wenn knappe Verhältnisse im Bundesrat Regie-  
rung und Opposition dazu veranlassen, auf  
Mehrheiten für ihre jeweils kompromisslosen  
Positionen zu spekulieren«. Je klarer aber die  
165 Opposition den Bundesrat beherrsche, umso  
häufiger würden große Mehrheiten und kurze  
Verfahren. Auf der anderen Seite antizipiere der  
Gesetzgeber, dass Gesetze auch Zustimmung

finden müssten. Er beschränke sich also selbst.  
170 Aber rechtfertigt das den undifferenzierten Ruf  
nach einer starken Zentrale? Kaum zu leugnen,  
dass es einen spezifisch deutschen Provinzialis-  
mus gibt. Gerade von der Provinz gingen aller-  
dings oft mehr

175 Modernisierungsschübe aus als von der Metro-  
pole. Hessen vorn! hieß das einmal. Das wäre  
auch künftig wieder möglich. Der Provinzialis-  
mus von heute sitzt allerdings in den Köpfen.  
Es ist mehr eine Mentalitäts- als eine Struktur-

180 frage. Ein strukturelles Hindernis gegen die  
Moderne sind die Kleinstaaten nicht einmal  
dort, wo, wie in der Schweiz oder den USA,  
ihre Souveränität ungleich größer ist.

Die deutsche Konsens- und Kompromissdemo-  
185 kratie mag renovierungsbedürftig sein, obsolet  
ist sie nicht. Nur haben die Parteien vergessen,  
über politische Alternativen öffentlich nachzu-  
denken. Alles wurde irgendwie »Mitte«. Heraus-  
gekommen ist tatsächlich eine neue Ununter-  
scheidbarkeit. Die ist aber nicht im »Vermitt-  
190 lungsausschuss« gezeugt worden, der steht am  
Ende der Kette. Ein sichtbares Parlament, eine  
selbstbewusste Regierungspartei, eine gedan-  
kenklare Opposition und eine liberale, intelligen-  
195 te Medienöffentlichkeit: Darin steckt das wirkli-  
che »Demokratieprojekt«, ohne das die schönste  
Föderalismuskommission wenig bewirkt.

Aber der Zeitgeist, ja, der ruft nach Carl  
Schmitt<sup>4</sup>. Entscheidungen, rasch! Nur eine star-  
200 ke Zentrale garantiert starke Politik! Schluss mit  
dem liberalen Diskursquatsch! Im Augenblick ist  
damit der »Föderalismus« gemeint. Bei Gele-  
genheit trifft es wieder das Parlament. Nach  
einem solchen Ende der »Konsensdemokratie«

205 lechzen besonders diejenigen, die jahrelang  
beklagt haben, dass die Konfliktdemokratie  
Deutschland an den Rand der Regierungsunfä-  
higkeit geführt habe; und heute finden sie, zur  
richtigen Modernisierung gebe es keine Alterna-  
210 tive, man müsse sie einfach per Oktroi<sup>5</sup> durch-  
setzen. Bei allem Renovierungsbedarf in Rich-  
tung Effizienz: Das »Demokratieprojekt« bleibt  
auch etwas Kulturelles. Daran gemessen, lohnt  
es sich allemal, das prinzipielle Format der alten  
215 Bundesrepublik samt dem »Hauptschuldigen« zu  
verteidigen gegen seine illiberalen Verächter.

DIE ZEIT, 46/2004

1 Klagegedicht

2 gemeinsame Congress- und Gouverneurswahlen in den US-Bundesstaaten zwischen den Präsidenten-  
wahlen

3 lächerlich klein

4 Staatsrechtler (1888-1985) und Vertreter eines starken Zentralstaates

5 aufzwingen

### 3. Beispielklausur

Schule  
Fachbereich  
Prüfer

Analyse, Darstellung und Gestaltung (materialungebunden)

**Kursbereich:** PW — 3

**Thema:** Die EU- Beitrittsverhandlungen mit der Türkei — sollen sie gestoppt werden?

**Aufgabe:** Versetzen Sie sich fiktiv in die Position des persönlichen Referenten des Erweiterungskommissars Olli Rehn.  
Formulieren Sie auf der Grundlage des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und unter Berücksichtigung der Themenfrage eine begründete Referentenempfehlung für die Position Ihres Chefs auf der nächsten Ministerratstagung am ...!

**Türkeibeitritt / Erwartungshorizont**

Erwartete Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Didaktischer Zusammenhang zum Unterricht. / Erbrachte Kompetenzstände und deren thematische Anbindung.	Anforderungsbereiche		
		I	II	III
<p>Die Schüler fertigen eine schriftliche Ausarbeitung als fiktive Referentenvorlage an, indem sie den politischen Sachverhalt des möglichen Türkeibeitritts sicher analysieren und seine Verflechtungen fachgerecht erklären und deuten. Sie erschließen sich dabei die Intentionen, Interessenlagen und Standortbezogenheiten der Akteure.</p> <p>Die Argumentation kann folgende Betrachtungsebenen bedienen: die grundsätzliche Position der Kommission, die verschiedenen nationalen Positionen zur Frage des Türkeibeitritts (exemplarisch), der Reformprozess innerhalb der Türkei und schließlich die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven und die Bedeutsamkeit für den weiteren Entwicklungsprozess der EU insgesamt.</p> <p>Die Position der Kommission ist zunächst supranational ausgerichtet. Rehn steht einem Türkeibeitritt positiv gegenüber, was sich auch mit der nationalen finnischen Position deckt.</p> <p>Innerhalb der Mitgliedsländer gibt es verschiedene Fraktionen der Befürworter (GB, Skandinavien...) und Gegner (Österreich, Deutschland...) für einen Beitritt. Letztere betonen die Offenheit des Beitrittsverfahrens.</p> <p>Die im Fortschrittsbericht aufgezeigten Mängel (Rechtstaatlichkeit, Menschenrechte, wirtschaftliche Angleichung, Zypern-Konflikt...) werden von den Beitrittsgegnern zum Anlass genommen, Konsequenzen zu fordern.</p> <p>Die nationale Ebene ist verflochten mit der supranationalen Ebene. Im Hintergrund besteht weiterhin die Gefahr einer Überforderung der EU im Hinblick auf den Integrationsprozess (Verfassungsproblem, Asyl- und Migrationsproblem, ESVP, Institutionelle Reformen, Frage der europäischen Identität...).</p> <p>Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der EU schließt andererseits die Betrachtungsebene einer stabilen und europäisch orientierten Türkei ein.</p> <p>Aus den oben genannten Betrachtungsebenen und Problemfeldern lassen sich Kriterien gewinnen und gewichten, die die Referentenempfehlung stützen.</p>	<p>Das textungebundene produktive Schreiben von Stellungnahmen, Kommentaren, Empfehlungen und Dialogen wurde systematisch und zu verschiedenen Themen geübt.</p> <p><b>Die Formulierung einer expliziten Referentenempfehlung zur vorliegenden Themenfrage ist insgesamt eine selbstständige Schülerleistung.</b></p> <p>Die Kontroverse um den Türkeibeitritt wurde im Rahmen der Erweiterungsstrategien der EU ausführlich thematisiert.</p> <p>Behandelt wurden zudem Auszüge aus dem aktuellen Fortschrittsbericht der Kommission und die entsprechende aktuelle Kontroverse in der Öffentlichkeit an Hand verschiedener Zeitungsartikel.</p> <p>Die supranationalen Organe der EU wurden in ihrem Selbstverständnis, ihrer Zusammensetzung und ihrer Wirksamkeit thematisiert.</p> <p>Die verschiedenen nationalen Perspektiven wurden exemplarisch erarbeitet.</p> <p>Der Fortschrittsbericht wurde auszugsweise behandelt.</p> <p>Das Problemfeld der EU-Innenpolitik wurde zu Beginn des Halbjahres ausführlich thematisiert.</p> <p><b>Hier werden Aspekte des 4. Kurshalbjahres erwartet: T 3 / Die</b></p>	<p>10</p>	<p>10</p>	<p>10</p>

	<p><b>Bedeutung der Türkei im Spannungsfeld zwischen Islam und Christentum bzw. Orient und Okzident.</b></p>			
<p>Die Schüler kommen zu einer begründeten Empfehlung (Urteil), indem Sie die kontroversen Positionen gewichten und politische Handlungsalternativen hinsichtlich möglicher Konsequenzen und Nebenwirkungen unterscheiden und die eigene Option argumentativ sicher vertreten.</p> <p>Die Empfehlung ist offen, denkbar wären folgende Optionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aussetzung der Verhandlungen in mehr oder weniger wichtigen Teilbereichen</li> <li>- Vollständige Aussetzung der Verhandlungen</li> <li>- Fortführung der Verhandlungen unter zeitlichen/inhaltlichen Bedingungen</li> <li>- Uneingeschränkte Fortführung der Verhandlungen</li> <li>- Offene Inkaufnahme eines Scheiterns der Verhandlungen</li> </ul> <p>Die persönliche Position der Schüler kann sich so im gesamten Spektrum abbilden.</p> <p>Die Struktur der Argumentation ist grundsätzlich offen, es gelten aber die Prinzipien der Kohärenz und Stringenz.</p> <p>Als Beispiele wäre eine vorangestellte Empfehlung mit sich anschließender begründender Argumentation genauso denkbar wie ein aus einer kriteriengeleiteten Argumentation entwickeltes Urteil zur Themenfrage.</p>	<p>Die Schüler kennen die Elemente der Urteilsbildung und können sie explizit anwenden.</p> <p><b>Die Formulierung einer expliziten Referentenempfehlung zur vorliegenden Themenfrage ist ebenso eine eigenständige Schülerleistung wie die Vernetzung der Kriterien aus verschiedenen Betrachtungsebenen.</b></p> <p><b>Ergänzend kommt hinzu, dass die Urteilkategorien im Thema nur implizit enthalten sind. Für ein Urteil bieten sich die Fragen nach der <i>Effizienz</i> und der <i>Legitimität</i> eines Stopps der Beitrittsverhandlungen an.</b></p> <p>Methodische Aspekte s. o.</p> <p>Für beide Varianten wurden Beispiele zur Föderalismusreform erarbeitet.</p>		20	20

Für eine gute Leistung wird eine eindeutig formulierte Empfehlung erwartet. Die Begründung muss die im EH benannten Betrachtungsebenen und hier insbesondere die türkische Innenpolitik und die Bedeutung der Türkei für die GAPS/ESVP berücksichtigen und mindestens zwei weitere von ihnen vernetzen und vertiefen.

Für eine ausreichende Leistung muss ebenfalls eine eindeutige Empfehlung formuliert werden. Darüber hinaus müssen grundlegende Bezüge zum aktuellen Fortschrittsbericht hergestellt und mit ausgewählten Strukturproblemen der EU verknüpft werden.

Semesterklausuren:

Der Binnenmarkt — eine Beispiel effektiver supranationaler Politik?

Die gegenwärtige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik — eine Perspektive für das 21. Jahrhundert?

# Checkliste

## **für die selbstständige Überprüfung von Abiturvorschlägen in den Fächern Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

- Dieser Aufgabenvorschlag wird erstmals zur Genehmigung eingereicht.
- Dieser Vorschlag wurde im Jahr 200\_\_\_\_ausgewählt, er wird jetzt nach \_\_\_\_Jahren (d.h. frühestens zum 3. Abitur nach der 1. Auswahl) erneut eingereicht. Der Vorschlag wurde inhaltlich aktualisiert und auf die Prüfungsgruppe hin orientiert.
- Dieser Vorschlag wurde im Jahr 200\_\_\_\_bereits genehmigt, aber nicht ausgewählt. Er war unter Verschluss. Der Vorschlag wurde inhaltlich aktualisiert und auf die Prüfungsgruppe hin orientiert.
- Die Vertraulichkeit ist gewährleistet.

### **Thema:**

- Der Aufgabenvorschlag entspricht einem sachlich geschlossenen Thema.
- Das Thema ist eindeutig formuliert.
- Die Formulierung der Aufgabe hat einen auffordernden bzw. fragenden Charakter.
- Der Aufgabenvorschlag stellt eine deutliche Alternative zum anderen eingereichten Vorschlag dar, obwohl sich beide auf das gleiche Kurshalbjahr beziehen.
- Der Aufgabenvorschlag bezieht sich auf ein anderes Kurshalbjahr als der andere eingereichte Vorschlag.

### **Aufgabenarten / Arbeitshinweise:**

- Die Aufgabenart - entsprechend der Fachanlage 2a der AV Prüfungen - wird benannt.
- Es ist sichergestellt, dass die gewählte Aufgabenart hinreichend geübt wurde.
- Arbeitshinweise enthalten klare Arbeitsanweisungen (maximal 4-5) und weisen in der Regel Auswertungsaspekte auf, wenn sie sich nicht bereits aus der Aufgabenstellung direkt ergeben.
- Ein kursübergreifender Aspekt ist enthalten.
- Die Formulierung des Arbeitshinweises mit Quellen- bzw. Materialbezug weist auf das methodische Element der Auswertung hin.

### **Material:**

- Der Umfang des Materials ist begrenzt. Die Zuordnung der anforderungsdifferenzierten Materialien ist so erfolgt, dass sie sich sachgerecht an der Aufgabenstellung / den Arbeitshinweisen orientieren. Es ist geeignet, die Aufgabenstellung / die Arbeitshinweise zu erfüllen. Weitere Informationen ergänzen das Material gegebenenfalls.

- Im Fach Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Auf den Einsatz möglichst aktuellen Materials wurde geachtet.
- Die Materialien sind mit genauen Quellenangaben versehen. Auslassungen und Veränderungen sind gekennzeichnet.

### **Erwartungshorizont**

- Ein Erwartungshorizont ist formuliert.
- Die Erwartungen für eine „gute“ und eine „ausreichende Leistung“ werden angegeben (siehe fachspezifische EPA).
- Kompetenzbezüge werden ausgewiesen

### **Ergänzende Informationen:**

- Der didaktische Zusammenhang zwischen Aufgabenvorschlag und vorangegangenem Unterricht ist beschrieben.
- Der Beginn der eigenständigen Leistungen, die über den erteilten Unterricht hinausgehen, ist angegeben.
- Bei gemeinsamer Aufgabenstellung liegt eine Erklärung über die gemeinsame Planung bei.
- Die Klausurthemen des Kurshalbjahres bzw. der Kurshalbjahre, das bzw. die die Schwerpunkte der Aufgabenstellungen bilden, sind zur Unterstützung des Auswahlverfahrens angegeben.

### **Für eilige Rückfragen der Fachberaterin / des Fachberaters:**

Name der Schule:

---

Telefon/Fax/E-Mail:

---

Name der/des Einreichenden:

---

Telefon/Fax/E-Mail (privat):

---